



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 29. April 1886.

Nr. 198.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 28. April. Während die von der bimetalistischen Agitation bearbeiteten landwirtschaftlichen Vereine in Hunderten von Petitionen dem deutschen Reichstage versichern, daß alle wirtschaftliche Noth der Landwirtschaft auf den herrschenden Goldmangel zurückzuführen sei, greift der thätige und lauteste Agitator für die Doppelwährung in Frankreich, Herr Cernuschi in Paris, zur Feder, um den Beweis zu führen, daß von einem Goldmangel gar nicht die Rede sein kann. In einer Zuschrift an den Schriftführer der Goldwährung eintretenden „Economist“ setzt er sich ausdrücklich zum Zweck, den Lesern des „Economist“ nachzuweisen, „daß das Sinken der Preise, über welches Klage geführt wird, nicht dem zu zuschreiben ist, was „Goldmangel“ genannt worden ist, da ein Goldmangel nur in der Einbildung existirt und es für einen solchen, wenn er wirklich vorhanden wäre, keine Abhilfe gäbe.“ Zur Begründung dieser Ansicht bemerkt er: „Der Vorrath der Bank von England umfaßt durchschnittlich 20—22 Millionen Pfund Sterling. Die deutsche Reichsbank soll 18 Millionen besitzen. Die Bank von Frankreich hat selten so viel Gold wie jetzt gehabt — 40 Millionen. Der Goldvorrath im Schatzamt der Vereinigten Staaten und in den vereinigten Newyorker Banken beläuft sich auf mehr als 60 Millionen. Wenn es in der That an Gold fehlte, so würden die Goldfranks, die Goldmarks, die Golddollars eine Prämie gegen die alten Silberfranks, die alten Silbermark (Thaler) und die neuen Silberdollars erzielen. Nichts Derartiges ist eingetreten. Obwohl entwerthete Münze, bildet doch diese Masse gemünzten Silbers zusammen mit der Masse gemünzten und ungemünzten Goldes jetzt Mittel und Maßstab für die Preisabstufungen, nach welchen alle verkäuflichen Dinge in Frankreich, Deutschland, England und den Vereinigten Staaten berechnet werden. Wenn mit Hilfe eines Zauberstabes alle Silberfranks, alle Silbermark, alle Silberdollars in Goldmünzen verwandelt würden, so würden in Europa und in Amerika die Preise doch unverändert bleiben. Die freie Silberprägung ist in Europa eingestellt, aber auch die Demonetisirung des Silbers ist sistirt. Deutschland hat nur 4 Millionen Kilogramm Silber demonetrisirt, welche zur Hälfte in Fünfsfrankstücke umgeprägt worden sind, so daß nur 2 Millionen Kilogramm von Europa nach Asien geflossen sind. Andererseits haben die Vereinigten Staaten seit 1878 mehr als 5 Millionen Kilogramm Silber ausgemünzt. England, Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten besitzen jetzt einen größeren Münzvorraath als vor 1871, so daß der Rückgang der Preise jedenfalls nicht einer Abnahme der Geldmenge zugeschrieben werden kann.“ Wie man sieht, stimmt Cernuschi's Ansicht durchaus mit dem Urtheil der Anhänger der Goldwährung in Deutschland darin überein, daß der vorhandene Goldvorrath für den Bedarf vollkommen ausreichend ist und daß die Demonetisirung des Silbers in Deutschland nur einen geringen Einfluß ausgeübt haben kann. Den Grund alles Unheils erblickt nun aber Cernuschi darin, daß das im lateinischen Münzbunde aufrecht erhaltene Verhältniß von 1 : 15 1/2 aufgehoben und in Folge dessen im Handelsverkehr zwischen Goldwährungs- und Silberwährungs-Ländern ein außerordentlicher Preisdruck und eine schwere Krise entstanden seien, welche allerdings durch einen internationalen Währungsbund beseitigt werden könnten. Mit vollem Recht wendet der „Economist“, abgesehen von allen Bedenken prinzipieller und tatsächlicher Art, gegen diese Auffassung ein, daß dabei vollständig unerklärt bleibt, aus welchen Gründen die Krisis auch im Verkehr zwischen Ländern mit gleicher Wäh-

rung sich in derselben Weise geltend mache. Ferner aber folgert der „Economist“ ganz richtig aus Cernuschi's Ausführungen, daß, wenn derselbe damit Recht hat, seine bimetalistischen Gesinnungsgenossen sich in einem großen Irrthum befinden; wenn er dagegen, den man fast den Apostel des Bimetalismus nennen könnte, sich in einem so wesentlichen Punkte irre, so würde dadurch die ganze bimetalistische Theorie einigermaßen discredittirt. Jedenfalls müßte man, ehe eine neue Münzgesetzgebung verlangt werden könne, darauf dringen, daß die Bimetalisten sich zu einer bestimmten Erklärung vereinigen, welche Wirkung eine solche Gesetzgebung haben und wie diese Wirkung erreicht werden solle. Diese wohlberedigte Forderung des englischen Blattes wird folgerichtig nicht nur an die englischen und französischen, sondern auch an die deutschen Bimetalisten gestellt werden müssen.

In dem Besonderen des Grafen Herbert Bismarck ist noch keine wesentliche Veränderung eingetreten. Das Fieber ist zwar geringer geworden, der Zustand der entzündeten Lunge ist jedoch noch unverändert.

Der Erlaß des Ministers des Innern über die Arbeitseinstellungen scheint im sozialdemokratischen Lager starke Erregung hervorgerufen zu haben. In Berlin ist der Gegenstand während der Osterfeiertage in zwei Arbeiterversammlungen erörtert worden, von denen die eine freilich bald dem Schicksal der Auflösung verfiel. Es bestätigte sich auch, daß die Sozialdemokraten die Sache demnächst im Reichstage zur Sprache bringen wollen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer hat zwar in einer Arbeiterversammlung den Erlaß als einen Schlag ins Wasser bezeichnet, aber es scheint im Gegentheil, daß die Verfügun der sozialdemokratischen Agitation an einem sehr wichtigen Punkte getroffen hat. Natürlich wurde von den sozialdemokratischen Rednern das Vorgehen der Regierung als ein Angriff auf das Koalitionsrecht und den freien Arbeitsvertrag dargestellt, während es in Wirklichkeit nur einen Schutz gegen Vergewaltigung einzelner Arbeiter durch die sozialdemokratischen Massen darstellt.

Der Generalstaatsanwalt Dr. Gerlich, welcher in Folge einer leichten Erkrankung seine Abreise verschoben mußte, wird sich am Donnerstag nach Hamburg und von da nach London begeben, um dann gleich auf seinen neuen Posten in Kattutta abzureisen.

Wie die Polizei in ihrem heutigen Bericht mittheilt, sind bedeutende Unterschlagungen seit einer Reihe von Jahren gegen die hiesige Ortskrankenkasse der Tischler durch die Kassensführer verübt und jetzt entdeckt worden. Einer der Schuldigen ist verhaftet, ein zweiter hat sich erhängt, und der dritte, der sich gleichfalls aufgehängt hatte, aber wieder losgeschnitten wurde, ist flüchtig.

Der „Reichsanzeiger“ publizirt das Gesetz betreffend die Verlängerung des Sozialleistungsgesetzes, das Militärpensions- und das Beamtenpensionsgesetz. Für die durch die letzteren Gesetze veranlaßten Mehraufwendungen sollen die erforderlichen Mittel durch einen Nachtragsetat bereit gestellt werden, der dem Reichstage in der noch zu erwartenden Nachsession zugehen soll. Von offiziöser Seite verlautet, daß nach nunmehriger Erledigung der Pensionsgesetze auch das Rentengesetz (zur Verosorgung der Hinterbliebenen von Personen des Solatenstandes) wieder aufgenommen werden soll. Dieses Gesetz scheiterte bekanntlich früher an der Weigerung der Regierung, die Beitragspflicht der Offiziere entsprechend derjenigen der Beamten zu regeln; selbst ein Vermittlungsvorschlag von Wundt wurde zurückgewiesen. Jetzt scheint man sich diesem Vorschlage näher und auf dieser Grundlage eine Verständigung herbeiführen zu wollen.

Die an den Reichstag gelangte systematische Uebersicht der im deutschen Reiche geltenden gesetzlichen und politischen Bestimmungen über die Vornahme gewerblicher Arbeiten an Sonn- und Festtagen, der eine solche, nur auf Preußen beschränkte Uebersicht vor längerer Zeit vorausgegangen war, hat, so schreibt man der „Nat.-Ztg.“, obwohl sie nur „zur Kenntnisaufnahme“ des Reichstages gebracht wird, wohl auch den Zweck, die Frage der Sonntagserhebung im Reichstage noch einmal zur Sprache zu bringen. Augenscheinlich ist

es der Regierung darum zu thun, gegenüber den Bekannten von verschiedenen Seiten angeregten Agitationen ihre Stellung zu der Frage darzulegen. Die Regierung war von vornherein der Ansicht, daß die bestehenden Vorschriften über die Sonntageruhe ausreichen, und daß, da es sich hier zum Theil um religiöse Fragen handelt, nicht einmal eine volle Einheitlichkeit erwünscht, sondern jedem Staate zu überlassen sei, wie weit er in dieser Beziehung zu gehen für angemessen hält. Nichtsdestoweniger hat die Regierung, wie bekannt, eine Enquete über diese Frage angezettelt; die Ergebnisse derselben liegen noch nicht vollständig vor; soweit dies aber bis jetzt der Fall ist, sehen, wie wir erfahren, dieselben der bisherigen Anschauung der Regierung zur Seite, wonach weitere reichsgesetzliche Maßregeln in dieser Richtung nicht geboten erscheinen.

Ueber den Inhalt der dem Reichstag mitgetheilten Zusammenstellung giebt die „Nat.-Ztg.“ folgende Uebersicht:

Die zahlreichen im deutschen Reich zur Zeit geltenden Vorschriften, welche die gewerbliche Arbeit an Sonn- und Feiertagen mehr oder weniger einschränken, lassen sich unter Berücksichtigung des ihnen zu Grunde liegenden gesetzgeberischen Gesichtspunktes in 3 große Gruppen scheiden. Die erste Gruppe, welche neben neueren besonders die ältesten bis auf die Mitte des vor. Jahrh. zurückreichenden Bestimmungen umfaßt, bezweckt nur den Schutz des öffentlichen Gottesdienstes gegen äußere Störung, daneben vielfach auch die Förderung des Besuchs desselben. Die hierher gehörigen Vorschriften enthalten sämmtlich das Verbot jeder geräuschvollen oder sonst öffentlich hervortretenden und dadurch die Gottesdienstfeier störenden Arbeit während der Stunden des öffentlichen Gottesdienstes. Zudem unterlagen sie meist das Fernhalten abhängiger Personen, Gefinde, Gesellen, Gehülphen, Lehrlinge, vom Besuche des Gottesdienstes, vielfach auch das Ablohnen von Arbeitern während desselben.

Während in Spanien die gerichtliche Unternehmung gegen den katholischen Priester geführt wird, welcher den Bischof von Madrid in der Kathedrale selbst ermordete, wird ein neues Verbrechen eines Priesters aus der Provinz Huesca gemeldet. Laut einem der „Times“ aus Madrid vom 25. d. Mts. zugehenden Telegramm wurde in der erwähnten Provinz ein Priester verhaftet, weil er auf einen Dorfschullehrer feuerte und denselben verwundete, als der letztere ganz ruhig seines Weges ging. Der „Times“ wird noch eine weitere Auslieferung eines katholischen Priesters gemeldet mit dem Hinzufügen, daß die Kommentare der öffentlichen Meinung und der Presse dem katholischen Klerus in Folge aller dieser Vorgänge sehr ungünstig sind.

Aus Athen wird von heute telegraphisch durch die „Agence Havas“ gemeldet:

„In einer gestern Abend stattgehabten Versammlung des Klubs der Nationalen wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, nicht abzurufen, so lange Griechenland unter dem Drucke des Ultimatus stehe. Dieser Beschluß sollte heute dem Minister-Präsidenten Deljanis mitgetheilt werden.“

Der Kriegsminister ist aus Thessalien hierher zurückgekehrt.“

Die griechische Regierung wird eben erwägen müssen, was mehr bedeutet: der „Klub der Nationalen“ oder die europäischen Mächte. Es ist übrigens bemerkenswert, daß es das offiziöse französische Telegraphen-Bureau ist, welches die gegen das Ultimatum der Mächte gerichtete Klub-Resolution als Ereigniß weiter verbreitet.

Wien, 28. April. Die „Kölnische Zeitung“ bestätigt aus Berlin, daß zu den diesjährigen Kaisermanövern keine fremdherlichen Offiziere geladen werden. Dieses Geschehe indeß nicht aus politischen Gründen, sondern nur, weil wegen der Zusammensetzung des 15. Korps zu viele süddeutsche Offiziere geladen werden müßten. Von Gewitterwolken, von denen französische Blätter sprächen, könne also keine Rede sein. (W. J.)

Bremen 28. April. Die Generalversammlung der Aktionäre des Norddeutschen Lloyd genehmigte einstimmig den Rechnungsabluß und die Bilanz pro 1885, sowie die vorgeschlagenen Statutenänderungen. Dem Jahresbericht per 1885 entnehmen wir noch in Ergänzung unserer

Mittheilungen, daß die Konkurrenz der amerikanischen, von Newyork ausgehenden Bahnen eine zeitweilige Verschärfung der Verkehrsverhältnisse zur Folge hatte, so daß die Fahrten nach und von Newyork größeren Verkehr zeigten, dagegen die Fahrten nach Baltimore wesentlich eingeschränkt werden mußten.

An Personen wurden befördert:

	ausgehend	einkommend
Newyorker Fahrt	77,394	30,780
Baltimore	7,473	2,009
Galveston	582	38
Südamerikanische Fahrt	5,252	1,086
	90,701	33,913
124,614		
gegen 1884		
	ausgehend	einkommend
Newyorker Fahrt	74,130	26,634
Baltimore	30,322	2,867
Galveston	915	29
Südamerikanische Fahrt	3,088	1,014
	108,455	30,544
138,999		

An Gütern wurden befördert:

		in 1884
nach Newyork	114,486 Kbm.	99,480 Kbm.
- Baltimore	9,094	14,530
- Galveston	307	169
- süd-am. Häfen	74,073	82,892
	197,960 Kbm.	197,071 Kbm.

Für die Ausführung des mit der Reichsregierung abgeschlossenen Vertrages über die Einrichtung und Unterhaltung von Postdampferlinien nach Ostasien und Australien sowie im Mittelmeer sind die Vorarbeiten in vollem Gange und bereits soweit vorgeschritten, daß der Eröffnung der Linien zur vertragmäßigen Zeit nichts entgegensteht. Der erste Dampfer wird am 30. Juni, und zwar nach Ostasien von Bremerhaven abgehen. Die auf Grund dieses Vertrages in die neuen Linien einzustellenden sechs neuen Dampfer, von denen drei für die ostasiatische und die australische Hauptlinie und drei für die ostasiatische und die australische Anschließlinie bestimmt sind, wurden sämmtlich bei der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Vulkan in Bredow bei Stettin in Ban gegeben. Die für die Hauptlinien bestimmten Dampfer „Preußen“, „Baiern“ und „Sachsen“ werden eine Tragfähigkeit von circa 3900 Tons, sowie eine Geschwindigkeit von 14 Knoten haben und sollen successiv bis Ende October geliefert werden. Die Dampfer der Anschließlinien, welche „Stettin“, „Lübeck“ und „Danzig“ genannt wurden und von denen die beiden erstgenannten bereits vom Stapel gelaufen sind, werden bei einer Tragfähigkeit von ca. 1550 Tons eine Geschwindigkeit von 12 1/2 Knoten entwickeln. Sämmtliche 6 Dampfer werden außerdem mit allen für die Fahrt in die Tropen erforderlichen und empfehlenswerthen Einrichtungen versehen, sowie mit dem größten Komfort für die Passagiere ausgestattet. Auch die Instandsetzung und der Umbau der bereits vorhandenen, in die neuen Linien einzustellenden Dampfer geht ihrer Vollendung entgegen und werden auch diese Dampfer durch Dampfsteuerung, elektrische Beleuchtungsanlage, Eismaschinen neuester Konstruktion, vorzügliche Ventilation u. a. sorgfältigste für die Tropenfahrt eingerichtet.

Ausland.

Wien, 26. April. In Serbien gereicht nach Belgrader Mittheilungen die neueste Parteilidewicklung der gegenwärtigen Regierung angeblich zu besonderem Vergnügen. Man versichert, daß durch die Verschmelzung der panslawistischen Radikalaner mit einem Theile der Radikalen und durch die Spaltung im Lager der letzteren die Aussichten der Regierung wesentlich gestiegen seien. Zwar hoffe die vereinigte Opposition noch auf einen Sieg, aber die Regierung habe ihrerseits Grund zu der Annahme, daß die Fortschrittspartei bei den Wahlen die Mehrheit erhalten werde. Von den Radikalen hätten die Hauptführer die Uebereinkunft mit den Mistkuchanern verworfen. Der sehr anschauliche, frondierende Theil der Partei habe beschlossen, ein eigenes Blatt, Samonprawa, herauszugeben, dessen Pro-

